

„Corona in den USA –Der Podcast des Heidelberg Center for American Studies“

23. Juli 2020

„Corona und die ‚Culture Wars‘“

Günter Leypoldt, HCA und Anglistisches Seminar der Universität Heidelberg

Anja Schüler: Herzlich willkommen zu dieser Ausgabe des HCA-Podcasts. Mein Name ist Anja Schüler. Das Corona-Virus hat die Vereinigten Staaten nach wie vor fest im Griff. Das Land verzeichnet fast täglich neue Höchststände von bestätigten Infektionsquellen. Im Kampf gegen die Pandemie schienen die politischen Linien von Anfang an klar gezogen.

Maskenträger gelten als Anhänger des „big government“, wenn nicht gar als Beleg für die Macht des tiefen Staates, Befürworter einer Öffnungspolitik als herzlose Kapitalisten, die das Leben von Großeltern für eine funktionierende Wirtschaft aufs Spiel setzen. Die Pandemie scheint also auch dem seit langem schwelenden Kulturkampf in den USA neue Nahrung zu geben. Heute soll es um diesen Kulturkrieg gehen, und ich freue mich, dass Günter Leypoldt mein Gast ist. Er ist Professor für amerikanische Literatur an der Universität Heidelberg und Co-Sprecher des DFG-Graduiertenkollegs „Autorität und Vertrauen“ am HCA. Hallo Günter, schön, dass du da bist.

Günter Leypoldt: Ja, ich freue mich über die Einladung.

Anja Schüler: Wovon reden wir denn eigentlich, wenn wir von Kulturkriegen sprechen?

Günter Leypoldt: In den USA nutzen wir eine Lehnübersetzung des deutschen Wortes Kulturkampf. Das meint die Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche im 19. Jahrhundert, im Zuge derer die katholische Kirche an Einfluss verloren hat. In den 1980er Jahren wurde der Begriff dann als „culture wars“ übersetzt und auf die Konflikte zwischen konservativen und liberalen Werten in den USA angewandt. Der konservative Präsidentschaftskandidat [Donald Trump] hat den medienwirksamen Satz geprägt „Ein Kampf um die Seele Amerikas.“ Typisch für diesen Kampf ist, dass es jetzt nicht um Ressourcen geht, sondern es ist schon ein Kampf zwischen konservativen und liberalen Werten, die dann auch immer emotional hoch aufgeladene Themen verhandelt hat.

Anja Schüler: Um welche Themen geht es konkret?

Günter Leypoldt: Klassischerweise sind es Themen wie Abtreibung. Amerika hat ja ein relativ liberales Abtreibungsgesetz. Seit den 1970er Jahren wird jetzt aber gerade in den Südstaaten zurückgerudert. Es ist aber auch ein Thema, bei dem man sofort merkt, es geht eigentlich gar nicht mehr nur um diese moralische Fragestellung, sondern es ist eben ein Kulturkrieg. Es kämpfen Konservative gegen liberale Bürger und verhandeln sozusagen ihre Differenzen über dieses Problem, Abtreibung, und andere Themen wie Homosexualität und dann aber natürlich alles, was mit Multikulturalismus zu tun hat und seit kurzem eben auch Themen, die überhaupt mit Identität zu tun haben und über die Black Lives Matter Bewegungen aufgeworfen wurden. Da stehen also extrem konservative Amerikaner, sagen wir mal, der Bible Belt, den eher Liberalen gegenüber, die eher von der 68er Bewegung geprägt sind.

Anja Schüler: Kann man denn sagen, dass diese Themen, um die es da geht, auch eins zu eins mit den politischen Konstellationen korrelieren?

Günter Leypoldt: Ja, es ist schon so, dass es eine Korrelation gibt, aber es ist hochkomplex. Da muss man eigentlich auch nochmal über diese Kontexte reden und vor allem über den politischen Kontext. Ein weiterer und vielleicht jetzt weniger politischer Kontext ist der Wertewandel, der in der westlichen Welt überall stattgefunden hat. Seit dem Zweiten Weltkrieg wird ja davon geredet, dass sich materielle Werte etabliert haben, so dass der amerikanische Traum eben zunehmend mit Selbstverwirklichung assoziiert wird und nicht mehr eher mit der Frage, ob mein Kühlschrank voll ist oder ob ich mir ein Auto leisten kann, sondern eher mit der Frage „Wie will ich leben?“ und „Wie will ich meine Individualität ausleben?“ und so weiter. Zuerst wurden diese Fragen von der 68er Generation so gestellt. Deshalb schwirrte sehr lange der Begriff „culture“ herum, weil man immer an die Woodstock Generation dachte oder an die Hippies-Kultur, also Typen mit langen Haaren und so weiter. Aber inzwischen, seit den 1990er Jahren, ist der Begriff veraltet, weil es schon so ist, dass diese Silent Revolution inzwischen auch in der Gesellschaft angekommen ist. Wenn man an dieses Schlagwort von den „Bobos in Paradise“ denkt, das sind ja Leute mit hohem Bildungsabschluss, die in Altbauwohnungen leben, in Brooklyn oder am Prenzlauer Berg, aber eigentlich sehr gut verdienen und in der Gesellschaft stehen. Und dadurch ist es schon so, dass diese Transformation sehr tiefgehend war, aber trotzdem eben auch Verlierer erzeugt hat. Die Verlierer dieser Transformation sind Leute, die sich jetzt eher unbehaust fühlen. Gemeint ist vor allem die ältere Generation, aber auch Kommunen in eher strukturschwachen, eher ländlichen Gegenden. In den USA ist es natürlich auch der Bible Belt, das sogenannte Middle

America, also alle, die in eher nicht urbanen Gegenden aufgewachsen sind und das Gefühl haben, dass sie jetzt Fremde im eigenen Land sind, weil alles anders geworden ist. Und jetzt ist ja interessant zu sehen, dass dieses Phänomen überall stattgefunden hat, zumindest im Westen. Also auch in Europa. Aber wenn man sich zum Beispiel Irland anschaut, auch ein sehr konservatives Land, ein katholisches Land, in dem aber vor kurzem die Abtreibung legalisiert wurde und die Homo-Ehe eingeführt wurde, über eine Volksabstimmung, da gab es keinen Kulturkampf, weil die älteren Generationen und auch die katholische Kirche, die natürlich sehr dagegen war, mehr oder weniger keine starke politische Plattform hatten, um so etwas wie einen Kulturkampf durchzusetzen. Und das ist halt in den USA anders gekommen. Und da muss man über diese Neuausrichtung der Wählergruppen reden, die dazu geführt hat, dass die sogenannte „New Deal Coalition“ auseinandergebrochen ist, sodass der Democratic Party, die immer eine traditionelle Arbeiterpartei gewesen ist, die White Working Class und die Lower Middle Class abgewandert ist, zur Republican Party. Das war die Reaktion vor allem zunächst in den Südstaaten auf die Civil Rights, die Stärkung der Rechte der Schwarzen ging den Weißen dort zu schnell. Und dann war die Republican Party sozusagen in der Lage, eine neue Koalition zu bilden zwischen wirtschaftsliberalen Eliten.

Und der Zusammenschluss dieser eher wertkonservativen Wähler führte dann auch zu deren Parteiprogrammen, die es seit Reagan gibt, dass man einerseits „Reaganomics“ hat, also eine neoliberale Wirtschaftsform und gleichzeitig dieses Erzkonservative beibehält. Die Demokratische Partei wurde dann eben eher zur Partei für Bildungseliten und für schwarze Minderheiten. Der Wertewandel hat dann eben diese konservativen Verlierer produziert. Aber in den USA haben diese Verlierer eine sehr starke Plattform, und dadurch kann dieser Kulturkampf ja erst entstehen, weil diese Plattform da ist. Und das führt dann im zweiten Schritt dazu, dass dieser Kulturkampf Effekte gesellschaftlicher Polarisierung produziert, nur weil eben der Kulturkampf dann dazu führt, dass die Parteizugehörigkeit eine sehr starke identitätsstiftende Wirkung hat, sodass dann demokratische und republikanische Wählerschaft sich manchmal verhalten wie verschiedene Kulturen. Die Experten reden von affektiver Polarisierung, also dass auch Amerikaner ohne politische Ämter auch nicht besonders politisch engagiert sind, sodass sie dann auch zu Misstrauen gegenüber Vertretern der anderen Parteien neigen.

Anja Schüler: Die Culture Wars sind in den USA nichts Neues, aber es sieht so aus, als ob in der Corona-Krise noch einmal neue Themen dazugekommen sind. Speziell an der Frage der Maskenpflicht scheiden sich die Geister. Und im Alltag werden diese Auseinandersetzungen

auch mal handgreiflich. Du hast ja schon skizziert, wie sich bestimmte Bevölkerungsgruppen um bestimmte Themen scharen. Eine Gallup-Umfrage hat herausgefunden, dass vor allem Frauen, Anhänger der Demokratischen Partei und Stadtbewohner das Maskentragen befürworten. Im Alltag handelt es sich auf jeden Fall um ein sehr sichtbares Zeichen, auf welcher Seite man steht.

Günter Leypoldt: Ja, es ist eine sehr merkwürdige Situation. Wenn man sich ein bisschen durchs Internet googelt und nach „Mask Wars“ sucht, findet man auch schon sehr viele virale Clips, wo Leute im Supermarkt gebeten werden, eine Maske zu tragen und dann komplett ausflippen. Ich habe jetzt grade einen Clip gesehen, wo eine weiße Frau ihren Einkaufswagen umwirft und dann brüllt und dabei den Ausdruck benutzt „You democratic pigs,“ also von Demokratenschweinen redet, weil ihr ganz klar ist, dass diese Zumutung, eine Maske tragen zu müssen, im Grunde nichts anderes ist als ein Komplott der anderen Seite. Das ist interessant. Es gibt ja auch Studien, die sind jetzt ganz neu. Kürzlich las ich einen *New York Times* Artikel, in dem ein paar solcher Studien verlinkt waren. Wo also Soziologen empirische Studien gemacht haben darüber, wie die Leute social distancing praktizieren. Und da war es wirklich so, dass die Frage, ob man zu einer bestimmten Partei gehört wichtiger war als die Höhe der Fallzahlen in einem Bezirk. Es ist ja schon sehr erstaunlich, weil man ja denken würde, dass die Leute dann eher zur Maske neigen, wenn sie merken, um sie herum bricht dieses Virus aus. Aber es ist eher so, dass die parteipolitische Zugehörigkeit dann wichtig ist.

Anja Schüler: Ja, das ist interessant. Wir haben letzte Woche über Verschwörungstheoretiker gesprochen, bei denen Expertenmeinungen oder deren empirischen Befunde nicht viel gelten. Auch in den Krisen scheinen die Experten ja nicht besonders gefragt zu sein. Wenn wir mal auf den Berater der amerikanischen Regierung, die Epidemiologen, schauen, auf Demonstrationen wurde schon gefordert, Fauci am nächsten Baum aufzuknüpfen. Was zählt die Wissenschaft noch in diesen Auseinandersetzungen?

Günter Leypoldt: Es stimmt, das ist aus unserer Sicht schon sehr merkwürdig. Aber ich denke, es hat vor allem damit zu tun, dass Expertenvertrauen dann problematisch wird, wenn es durch politische Polarisierung geprägt ist. Oder wenn die Medialisierung des Vertrauens dann auch die Züge dieser Politik, diese Polarisierung trägt. Wenn z.B. bei FoxNews dann Experten verhandelt werden, dann wird da natürlich ganz anders drüber geredet. Bei uns gibt es das ja

auch in gewisser Hinsicht. Wenn die SPD A sagt, muss irgendwie die CDU B sagen. Politik ist ja immer irgendwo egoistisch. Und es ist oft so, dass sich Politiker verhalten wie Fußballfans, die sozusagen die Schiedsrichterentscheidungen immer im Sinne ihrer eigenen Mannschaft auslegen. Aber wir haben jetzt gesehen in Deutschland, dass wir Glück hatten, ein sehr hohes Vertrauen in der Bevölkerung. Und Politiker hatten kaum Spielraum, um sich zu profilieren, oder wenn es dann lockere Debattenorgien gab oder Merkel das formuliert hat dann ging es nur in bestimmten Grenzen, und das ist in den USA halt nicht der Fall. In den USA – wenn sich der Präsident ohne Maske zeigt, dann macht er das natürlich gezielt. Während Biden sich immer nur mit Maske blicken lässt. Das ist auch eine ganz klare politische Geste, eine Frage der Symbolpolitik. Leute, die keine Maske tragen, das sind immer auch Leute, die für starke „state rights“ sind und die generell einmal finden, dass Behörden nicht reinreden dürfen, ob es jetzt um Waffengesetze geht oder staatliche Eingriffe in die Wirtschaft. Mit anderen Worten, es gibt da dieses Gefühl, dass das, was von oben kommt, einem eben auch irgendwie die Freiheit einschränkt. Und das Maskentragen wird eben auch von diesem Gegensatz erfasst, was natürlich zu absurden Reaktionen führt.

Anja Schüler: Polizeigewalt ist ein gutes Stichwort. Aus der Corona-Krise ist eine der größten Protestbewegungen der letzten 50 Jahre erwachsen, die nicht nur den Rassismus der Gegenwart anprangert, sondern auch eine symbolische oder gar noch weiterreichende Wiedergutmachung für die Vergangenheit fordert. Deren Forderungen reichen über die Demontage von Denkmälern von konföderierten Generäle hinaus. In den letzten Wochen sind in New Haven Statuen von Christopher Columbus vom Sockel gestoßen worden, und ein weißer Nachkomme des Gründervater Thomas Jefferson forderte unlängst in der *New York Times* sogar den Abriss des Jefferson Memorial in Washington. Ist dies eine weitere Dimension des amerikanischen Kulturkriegs?

Günter Leypoldt: Ich denke schon, dass wir jetzt in eine Phase eingetreten sind, wo schon große Teile der Gedächtnisorte hinterfragt werden mit einem Kulturkriegsprogramm. In erster Linie haben die Unruhen natürlich mit Rassismus zu tun. Aber man muss auch sehen, dass überhaupt der Begriff Rassismus sehr durch den Kulturkrieg geprägt ist. Rassismus wird in den USA oft als Aufruf zum aktiven Verhalten gegen den Rassismus verstanden. Es gibt eigentlich niemanden, der für Rassismus ist. Aber es gibt immer wieder Gruppen, die der Meinung sind, man muss es vielleicht so formulieren. Die liberalere Seite der Kulturpflege ist der Meinung, dass die konservative Seite grundsätzlich rassistisch ist, auch wenn sie nicht

offen rassistisch ist. Dann haben die Leute keine Empathie, oder sie sind sozusagen komplett rassistisch. Sie stecken unter einer Decke mit einer Art strukturellem Rassismus, der eben auch ein wirtschaftlicher Rassismus ist. Währenddessen fühlt sich die andere Seite, die eher konservative Seite, bedrängt. Die konservative Seite des Kulturkrieges hat dabei auch den Begriff der „political correctness“ geprägt und auch immer wieder ins Feld geführt. Und dadurch entstehen diese Konflikte. Wenn man zum Beispiel darüber streitet, ob man eine Statue abnimmt, die einen Bürgerkriegsgeneral zeigt, sagen wir mal, das Robert E. Lee Monument. Das wurde, glaube ich, letztes Jahr abgenommen und da gab es ziemlich viele Ausschreitungen. Dann ist es schon so, dass sich die meisten Leute darauf einigen können, dass ein General der konföderierten Armee nicht unbedingt für positive Werte steht. Trotzdem ist es aber so, dass durch diese Aufladungen des Kulturkrieges das Toxische an Robert E. Lee sehr unterschiedlich wahrgenommen wird. Für die einen liegt das Toxische an der Statue selber, und für die anderen ist das Toxische die Einschränkung der Meinungsfreiheit, die „political correctness“, aber natürlich auch das Angreifen der „Heritage“- Denkmäler, Denkmäler, die immer mehr sind als eine politische Ikonographie. Sie verkörpern auch eine Art „at homeness“, eine Art Zugehörigkeit, die immer ein bisschen mehr ist als eine glasklare politische Bedeutung.

Anja Schüler: Gibt es da noch verwandte Problematiken zu dieser Gedächtnisdebatte, wenn man zum Beispiel an die Me too-Debatte denkt?

Günter Leyboldt: Ja, ich denke, dass es in der Me too-Debatte ähnliche Polarisierungen gibt. Und auch hier ist die Wahrnehmung des Toxischen sehr abhängig von den Leuten, die jetzt auf einer gewissen Seite stehen. Die Debatte ist natürlich viel komplizierter, weil da Fragen mitspielen, die sich nicht immer nur auf diese Kulturkriegsfrage reduzieren lassen, aber in der Regel in der Kulturkriegsfrage besonders aufgeladen werden. Aber auch in der Debatte ist es natürlich so, dass man kulturkriegsähnliche Verhältnisse bekommt, quasi ob ich jetzt für oder gegen eine Person bin, oder für oder gegen eine Art „cancel culture“. Das wird dann immer sofort als Statement verstanden, als für oder gegen die Bewegung zu sein und die Ideale, die sie verkörpert.

Die Woody Allen Affäre ist ein sehr gutes Beispiel. Woody Allen bekam diesen Missbrauchsvorwurf. Es ist nicht so, dass der Vorwurf im Raum stand, dass er seine Tochter jahrelang missbraucht hätte, sondern der Vorwurf ist, dass eine unsittliche Berührung im Spiel gewesen sei, und dieser Vorwurf stand im Raum während seines Scheidungsstreites. Noch

dazu war es ein Vorwurf vor 25 Jahren, den die Experten eigentlich widerlegt haben und der nicht richtig viral wurde, weil man ihn eben kontextualisierte mit diesem Scheidungsstreit. Aber durch die „Me too“-Debatte und auch durch die Tatsache, dass Woody Allens Sohn ein Star wurde in dieser Debatte, weil er die Weinstein-Affäre aufdeckte und dann eben sagte „Schaut mal her, mein Vater gehört übrigens auch dazu“, da bekam diese Debatte nochmal einen ganz anderen Dreh.

Und man merkte auch, dass sozusagen die Sakralität von Woody Allen auch eine Rolle spielt. Wenn Woody Allen nicht so eine wichtige Figur wäre im Kino und in der Kultur, dann könnte man aus diesem Fall nicht so viel machen. Aber dadurch, dass er auch zum „Cultural Heritage“ gehört, einerseits, aber andererseits über Roland Farrow genau in diese sehr polarisierte Debatte hereingerät, dann kommt es eben auch dazu, dass zum Beispiel die Mitarbeiter von Hachet auf die Straße gehen, als herauskam, dass Hachet die Autobiografie von Woody Allen publizieren sollte. Das ist eigentlich eine erstaunliche Reaktion von den Mitarbeitern eines Verlags. Was aber eben damit zu tun hat, dass man eben auch in dieser kulturkriegsähnlichen Problematik ist. Das also pro und contra Woody Allen im Grunde ein Statement ist für pro und contra Me too. Und wenn man Woody Allen verteidigt, ist das also eine Aussage, dass man den „backlash“-Kräften des Kulturkriegs angehört.

Anja Schüler: Und die Tatsache, dass sich da auch die Rowohlt-Mitarbeiter positioniert haben, zeigt, wie weit das schon über den Atlantik vorgedrungen ist. Also in diesen Debatten geht es immer um Positionierung, und die Positionen scheinen auch oft verhärtet. Können wir uns eine Art Friedensgespräche vorstellen, gerade auch im Hinblick auf die anstehenden Wahlen im Herbst? Könnte ein Präsident Biden oder ein Regierungswechsel versöhnen? Oder werden wir dann auch in diesem Fall eine Fortsetzung der Kulturkriege sehen?

Günter Leypoldt: Schwierige Frage, weil dieses Problem nicht erst seit gestern existiert und die Polarisierungen so tief sind. Aber auch weil die Themen sehr dynamisch sind. Ein Gedächtnisort oder eine Debatte wird zum „hot button issue“, wenn sich bestimmte Medienkonstellationen ergeben und die dann mit bestimmten politischen Konstellationen agieren. Es ist dann immer sehr schwer vorausschbar, wie die Entwicklung verläuft. Das hat man ja auch in der Black Lives Matter Bewegung gesehen, die zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt losgebrochen ist mit dem Mord an George Floyd, aber eben auch mitten in der Coronakrise. Und die dann eine ganz bestimmte Dynamik entwickelt hat, die wiederum auch

dieser Monuments-Debatte eine ganz bestimmte Dynamik gegeben hat. Beispielsweise die Jefferson-Affäre; es sind jetzt Rufe laut geworden, das Jefferson Monument abzubauen. Das hätte vor zehn Jahren noch eher erstaunt. Das kann man nur mit dieser hochexplosiven Situation erklären. Also Corona auf der einen Seite, Black Lives Matter auf der anderen Seite. Und übrigens irgendwas noch sehr Spannendes, wenn man sich Jefferson noch einmal anschaut. Die Sally Hemings Affäre schwirrt ja auch schon sehr lange herum, eigentlich schon seit Jeffersons Lebzeiten, also der Vorwurf, dass er Kinder hatte mit seiner Sklavin. Und mit ihr dann 30 Jahre zusammengelebt hat und fünf Kinder gezeugt hat. Seit 1998 ist man sich ziemlich sicher, dass die Vorwürfe stimmen, weil es da eine DNA-Analyse gegeben hat. Und 2018 hat die Jefferson Foundation das auch akzeptiert. Es gibt jetzt auf Monticello, also dem Sitz von Jefferson, Ausstellungen zu diesem Thema, und es wird die Vaterschaft von Jefferson nicht mehr in Zweifel gestellt. Aber das ist bereits länger her, und man muss sagen, dass der Sklavereihintergrund von Jefferson immer ein bisschen als Stigma gewirkt hat, aber eben ein Stigma, das nie dazu geführt hat, dass der ganze Erinnerungsort Jefferson verunreinigt wird.

Und wenn man das mit Cecil Rhodes vergleicht, ist das ein sehr interessanter Vergleich. Rhodes war auch sehr lange eine sakrale Erinnerungsfigur, mit der die Briten auch an gewisse positive Aspekte des „Colonial Empire“ erinnern konnten. Ich würde sagen, noch vor 20 Jahren war das auch möglich in der Öffentlichkeit, und nur Intellektuelle echauffierten sich darüber. Mittlerweile ist es allerdings so, dass Rhodes komplett toxisch geworden ist, das heißt, die toxischen Bedeutungen des Empire, die über Cecil Rhodes transportiert werden. Diese haben jetzt sozusagen den kompletten Erinnerungsort verdunkelt, sodass man fast sagen kann, Rhodes ist so eine Art „Dark Heritage“. Und bei Jefferson ist es eben nicht passiert. Es ist der, der ja so viele Dimensionen als „Founding Father“ verkörpern kann, für die Amerikaner. Und wenn man in Washington zum Jefferson Monument geht, schwingt da so vieles mit, das Amerika ausmacht oder das diesen zivilreligiösen Raum Amerika ausmacht. Und jetzt ist aber die Frage, ob sozusagen diese leichte Verunreinigung durch dieses Sally Hemings Affäre doch dazu führen könnte, dass Jefferson dann irgendwann mal nicht mehr tragbar wird. Ob zum Beispiel Princeton University sich jetzt gezwungen sieht, sich von dem Namen Wilson zu verabschieden und Gebäude umzubenennen, weil eben dieser amerikanische Präsident auch ein Problem mit Rassismus hatte. Oder ob man wirklich anfängt, das Jefferson Monument abzubauen, wie einer der weißen Nachfahren von Jefferson kürzlich in der *New York Times* gefordert hat. Das sind Fragen, die von solchen dynamischen medial auszuhandelnden Prozessen abhängen, dass ich fast meine, dass jetzt dieser lokale

Konflikt zwischen Biden und Trump nicht wirklich eine große Rolle spielen kann. Deshalb ist es sehr schwer, jetzt vorauszusehen, wie sich auch diese Corona-Krise auf die Wahlen auswirkt und auf den Kulturkampf an sich. Die Kulturkämpfe werden uns also voraussichtlich erhalten bleiben, weil uns die Themen erhalten bleiben. Eine Abschwächung der Debatte ist nicht in Sicht.

Anja Schüler: Ebenso wenig wie ein Ende der Corona-Krise in den USA. An den Universitäten geht das Corona-Semester zu Ende und auch der HCA Podcast geht in eine kurze Sommerpause. Wir hören uns, wenn Sie mögen, im August wieder, und dann freue ich mich auf neue, interessante Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner zum Thema „Corona in den USA“. Wie immer geht mein Dank ans Team und an Sie fürs Zuhören. Bis bald – bleiben Sie gesund.